

ISOR aktuell

Nr. 10 / 2002 ★ Infopreis: 0,00 Euro ★ Oktober 2002

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Wir geben nicht auf!

Von Prof. Dr. Horst Bischoff, stellv. Vorsitzender der ISOR e.V.

Unsere Erwartungen in die Bundestagswahlen haben sich nicht erfüllt. Der Kampf gegen das Rentenstrafrecht wird dadurch möglicherweise schwerer, jedenfalls aber nicht leichter werden. Dennoch reihen wir uns nicht ein in die Front derer, die nun extern sofort wissen, wo die Ursachen dieses Wahlausgangs liegen.

Uns steht in dieser Situation nicht Kritik zu sondern ein herzliches Dankeschön an die bisherigen Mandatsträger der PDS im Bundestag, die uns über Jahre hinweg als Verbündete zur Seite gestanden und gesorgt haben, dass unsere Probleme immer wieder artikuliert wurden. Sie haben sich selbst durch persönliche Anwürfe und wütende, oft hysterische Beschimpfungen nicht beeinflussen lassen und sich als echte Demokraten und tapfere Kämpfer erwiesen.

Wir schätzen die Leistungen der Gruppe der PDS und später der PDS-Fraktion zur Vertretung Ostdeutscher Interessen im Bundestag. Es geht ja nicht „nur“ um den Zahlbetrag der Rente, und Rentenstrafrecht ist ja nur die eine Seite der Medaille. Es geht auch um andere Formen der Ausgrenzung, wie Strafverfolgung und sehr flexible Handhabung von Tatbeständen und Verjährungsfristen, umfassende Berufsverbote, sogenannte Regelanfragen bei Bewerbungen, Arbeitslosigkeit, seit zwölf Jahren andauernden Entzug des passiven Wahlrechts allein aus Gründen politischer Misslieblichkeit, eine sehr „kreative“ Handhabung des Datenschutzrechts sowie verfassungsmäßig garantierter Grundrechte, – eine Aufzählung von Ausgrenzungen und Separierung großer Menschengruppen, die nur sehr unvollkommen ist.

Für ISOR bleibt nach diesen Wahlergebnissen zu bilanzieren, wie unser Kampf auf der politischen Ebene weitergehen soll. Ganz sicher muss man in unseren TIG darüber beraten. Der Vorstand vertritt folgende Positionen:

1. Es erweist sich als richtig, dass wir bereits seit längerer Zeit konzeptionell orientiert haben, Gesprächspartner in allen Parteien zu finden und im Kontakt zu bleiben. Gerade im Wahlkampf haben wir gespürt, dass es besonders in der SPD, aber auch in der CDU zunehmendes Unbehagen gibt mit dem bisherigen Kurs der Ausgrenzung und des Rentenstrafrechts und wir politische Verbündete auch in

diesen Parteien gewinnen müssen. Im Wahlkampf entstandene Arbeitskontakte zu einzelnen Abgeordneten müssen also ausgebaut und möglichst dauerhaft gefestigt werden.

2. Der Hinweis des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU), dass diese Fragen vor allem in den neuen Bundesländern entschieden werden müssen, ist sehr ernst zu nehmen. Deswegen muss der politische Kampf vor allem dort und in Berlin geführt werden. Derzeit kommt es vor allem darauf an, dass die Bundesratsinitiative des Landes Mecklenburg-Vorpommern durch die Vertreter der neuen Bundesländer im Bundesrat breite Unterstützung erhält, wozu es bereits jetzt aus Berlin sowohl namens des Regierenden Bürgermeisters (**ISOR aktuell** 8/2002), inzwischen aber auch durch die Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz (Senatorin Dr. Heidi Knake-Werner, Brief vom 5. 9. 2002) Zusagen gibt. Prinzipielle Unterstützung des Problems hatte bereits im Juli 2002 das Ministerium für Gesundheit und Soziales in Sachsen Anhalt signalisiert. Es gilt, zumindest auch in Brandenburg, Sachsen

und Thüringen Zustimmung und Unterstützung zu erreichen.

3. Gestärkt werden muss die enge Zusammenarbeit mit den anderen Verbänden, insbesondere mit dem BRH, der Volkssolidarität und dem Bundeswehrverband – auch aus der Sicht, ihre und die Unterstützung ihrer Verbündeten für die Bundesratsinitiative der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat zu erbitten. Es kommt besonders darauf an, die Arbeitsbeziehungen mit den Verbänden auszubauen und die bewährten Beziehungen zur GRH und zur GBM weiter zu festigen. Gemeinsamer Schwerpunkt muss der Kampf gegen Sozialabbau und für die Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit, einschließlich der Forderung und Initiative der Volkssolidarität zur Angleichung der Renten in Ost und West sein. Diese Forderung – so erkennbar aus einem uns inzwischen zugegangenen Schreiben des SPD-Parteivorstandes, Referat Sozial- und Gesundheitspolitik – wird auch vom SPD-Parteivorstand gestützt.

Selbstverständlich läuft parallel der juristische Kampf weiter. Der Vorstand hat sich mit einem persönlichen Schreiben an alle Mitglieder gewandt, worüber jetzt die Beratungen in den TIG angelaufen sind. Wir sind überzeugt, dass die Einheit des juristischen und des politischen Kampfes weiter gestärkt werden muss, wozu auch gehört, die Ergebnisse des juristischen Kampfes in die politische Arbeit einzubeziehen und unsere Partner auf allen Ebenen über Resultate und Probleme zu informieren. Der Vorstand wird eine neue Konzeption zur Führung der politischen Arbeit vorlegen. Unsere Probleme bestehen unverändert. Der Kampf muss unter den neuen Bedingungen weitergeführt werden.

Ein ostdeutscher Friedenskongress

von Prof. Wolfgang Richter

Das Ostdeutsche Kuratorium e.V. war am 24. und 25. August in Neuruppin gemeinsam mit der PDS zu einer Konferenz unter dem Motto: Keine Kriege! Frieden jetzt! zusammengekommen. Das scheint eine normale Angelegenheit, nicht sonderlich außergewöhnlich in einer Zeit, wo eine drohende Explosion ständiger kriegerischer Handlungen der USA gegen den Irak zum Krieg bevorsteht. Außergewöhnlich nur der Name „Ostdeutsche Friedenskonferenz“, ein Reizwort; warum bloß, hätte doch wohl kaum einer auch nur hochgesehen, wenn er Badische oder Hessische Friedenskonferenz gelesen hätte. Gut, dass die so etwas machen, höchstens. Außerdem waren etliche Westdeutsche eingeladen, anwesend und an der Diskussion beteiligt, also keine Geheimkonferenz etwa.

Dennoch hatte sie einige Tabus gebrochen. Eingetragene Vereine hatten sich hier als Aufrufer betätigt, zudem welche, die keine ausdrückliche Friedensbotschaft in ihrem Namen haben, sondern Rentner, Pächter, Patienten,

Sportler oder auch Menschenrechte vertreten. Darfen die denn das? Das bricht mit der Tradition der losen Netzwerke und tradierten Initiativen, die im Westen die Basis der Friedensbewegung stellen. Soll das im Osten etwa die Friedensbewegung sein?

Das nächste Tabu, eine Partei hat mit aufgerufen, auch noch in Wahlkampfzeiten. Nun hat diese Partei aber, die tiefe Wurzeln im Osten hat, in der letzten Legislaturperiode für keinerlei Militäreinsätze der Bundeswehr gestimmt...

Eine Friedenspartei will sie sein und ist sie auch. Warum sollte sie nicht mit Friedensbewegten beraten? Sie tat es auch. Sie wurde von ihnen in die Pflicht genommen und gab Verpflichtungen ab. Ist das nicht ein Sinnbild von Demokratie? ... Und die berechtigten Kritiker der PDS, zu denen ich mich aus anderen Gründen zähle, sollten sie nicht auch noch dafür kritisieren, wo sie richtig liegt und so wichtig ist. Soll denn die politische Kultur die-

► Fortsetzung auf Seite 2

ses Landes in die parlamentarische Agonie verfallen, dass der Friedenswillen seiner Bürger keine Partei mehr im Bundestag findet, die ihm durch ihr reales Abstimmungsverhalten Rechnung trägt ...

Ein drittes Tabu, die ostdeutschen Verbände sollten eigentlich noch einige Jahrzehnte in Sack und Asche gehen. Es gibt die Furcht, sie könnten als Bündnispartner die weit edleren Friedensbewegungen von Bürgerrechtlern, Kirchen, oder doch zumindest demokratisierteren Westdeutschen kompromittieren.

Das Wort von der ostdeutschen Friedens-

bewegung mit – oder der PDS als Partei mit – der höchsten Offiziersdichte ist durchaus abfällig gemeint. Man will das Ostdeutsche zunächst mal beargwöhnen und mag die betonte Herkunft DDR nicht als eigenständiges Merkmal und eigenständigen Bestandteil einer Friedensbewegung. Das sei eher kontraproduktiv. Wolfgang Gehrcke sagte als PDS-Abgeordneter des Bundestags, ihm sei ein ehemaliger Militär, der heute pazifistisch denkt weit lieber, als ein ehemaliger Pazifist, der heute Kriege führt. Von der hasserfüllten Ablehnung der DDR und der SED als Friedenskräften zeugt auch, dass die Bundeswehr ihr

„a.D.“ und ihre Pensionen zwar den Dienstgraden der faschistischen Wehrmacht bereitwillig gewährt, aber den NVA-Offizieren nur die Bezeichnung „gedient in fremden Streitkräften“ und „Strafrenten“ zugesteht.

Angesichts solcher Sachlagen waren die Debatten auch nicht ohne Spannungen und Fritz Vilmar forderte auch, dass die Friedensbewegung den inneren Unfriedensprozessen ebenfalls größere Aufmerksamkeit zuwenden solle...

Geringfügig gekürzt aus: GBM-Informationen Nr. 9/2002

Neuruppiner Appell: Kein Krieg gegen den Irak!

Erklärung der Ostdeutschen Friedenskonferenz am 24./25. August 2002

Der Welt droht ein neuer Krieg: Die Ankündigung eines Militärschlags durch die Regierung der USA, entsprechende militärische Vorbereitungen und diplomatische Aktivitäten zeigen unmissverständlich, dass ein Angriff auf den Irak innerhalb eines absehbaren Zeitraumes stattfinden soll. Wir wollen, dass dieser Krieg verhindert wird.

Ohne Zweifel hat auch das Regime Saddam Husseins einen undemokratischen und menschenrechtsverletzenden Charakter. Es missachtet Verpflichtungen, die es auf Grund von Beschlüssen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen übernehmen musste. Eine Rückkehr der UN-Inspektoren darf aber nicht mit militärischer Gewalt erzwungen werden.

Die einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrates zum Irak bieten völkerrechtlich keinerlei Handhabe, um einen militärischen Sturz des Regimes im Irak zu betreiben. Eine Aggression gegen den Irak – und sei es unter dem Deckmantel einer „humanitären Mission“ oder „Friedensmission“ – wäre völkerrechtswidrig und würde insbesondere das Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen verletzen. Es gibt auch keine völkerrechtliche Legitimation für einen Präventivschlag gegen eine angenommene Bedrohung. Es gibt nicht einmal Beweise für das Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen im Irak. Selbst für die fortgesetzten britisch-amerikanischen Bombardements in Teilen Iraks fehlt die völkerrechtliche Grundlage.

Ein Waffengang im Irak würde Öl ins Feuer des Nahostkonfliktes gießen und zusätzliche Gewaltpotenziale freisetzen. Keines der ohnehin komplizierten Probleme ließe sich so lösen. Ein Krieg würde die Beziehungen zwischen der „Islamischen Welt“ und dem „Westen“ nachhaltig stören. Durch eine Einbeziehung europäischer Staaten würde Europa direkt kriegsbeteiligt und von allen Auswirkungen betroffen sein.

Ein Krieg gegen den Irak würde neues Leid in das geschundene Land bringen, unabseh-

bare Folgen für die irakische Zivilbevölkerung haben und unzählige zivile und militärische Opfer fordern. Auch deshalb lehnen wir eine militärische Intervention ab. Wir fordern die Aufhebung aller nichtmilitärischen Sanktionen gegen den Irak, die auch zu vielen Opfern geführt haben.

Der geplante Krieg gegen den Irak darf nicht isoliert gesehen werden: Durchsetzung einer neuen Weltordnung, militärisches Vorgehen u. a. in der Balkanregion und Afghanistan, der Kampf der USA gegen eine „Achse des Bösen“. Er reiht sich ein in die Bemühungen der USA und anderer Staaten, Krieg wieder als normales Mittel der Politik anzuwenden. Ganz im Sinne der neuen NATO-Strategie sollen hegemoniale Interessen einschließlich der Ansprüche auf Ressourcen- und Marktzugänge durchgesetzt werden.

Wir begrüßen den überraschenden Schwenk von Rot-Grün zu einer – im Falle des Irak – kriegsablehnenden Haltung und möchten ihn gern ernst nehmen. Doch um zu beweisen, dass es sich dabei nicht allein um ein wahltaktisches Manöver handelt, um im Lager der Friedensbewegung verlorengegangenes Terrain zurück zu gewinnen und der in der Bevölkerung vorherrschenden Anti-Kriegs-Stimmung Rechnung zu tragen, um ein Manöver, dass wenige Wochen nach den Bundestagswahlen ad acta gelegt wird, kann Rot-Grün, kann die Bundesregierung ihren Versprechen sofort konkrete Schritte folgen lassen. Wir fordern daher die Bundesregierung auf,

◆ gegenüber den USA eindeutig zu erklären, dass es keine militärische, finanzielle oder logistische Unterstützung von deutscher Seite für eine US-Intervention geben wird und dass das Territorium Deutschlands für kriegsunterstützende oder begleitende Maßnahmen nicht zur Verfügung steht, und zwar selbst bei Vorhandensein eines Mandats des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen,

◆ als konkrete Schritte zur Absenkung der Kriegsgefahr und um Gefahren durch eine mögliche Einbindung deutscher Soldaten, die in der Region stationiert sind, in Kriegshandlungen abzuwenden, die ABC-Spürpanzer-Einheiten aus Kuwait und die Marine-Einheiten vor dem Horn von Afrika abzuziehen und

◆ im NATO-Rat die Aufhebung des bestehenden Bündnisfalls nach Artikel 5 des NATO-Vertrages zu beantragen.

Wir werden uns mit all unseren Kräften und Möglichkeiten dem angekündigten Krieg gegen den Irak entgegenstellen! Wir rufen alle auf, sich mit uns gemeinsam bei Aktionen, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und bei Wahlen mit Resolutionen, Appellen und eigenen Initiativen in dieser Bewegung gegen den Krieg zu engagieren!

Aus: GBM-Informationen Nr. 9/2002

Aus unseren TIG

Auch nach Redaktionsschluss zur Ausgabe 9/2002 erreichten die Redaktion Berichte über Aktivitäten von TIG im Rahmen der Wahlvorbereitung.

Benno Butschalowski von der TIG **Prenzlau** schrieb einen Artikel für den „Uckermark-Kurier“ unter dem Titel „Ich sehe Handlungsbedarf“, in dem über einen Besuch des PDS-Bundestagskandidaten Roy Weiss bei ISOR-Mitgliedern berichtet wurde. Karl Jensch aus **Plauen** übermittelte uns Informationen über das Auftreten der Bundestagskandidaten Rolf Schwanitz, SPD, und Robert Hochbaum, CDU. Dieter Leupold von der TIG **Suhl** berichtete über eine Podiumsdiskussion, die auf Initiative der Koordinierungsgruppe von 15 Suhler Verbänden stattfand und Joachim Krause berichtete über Wahlveranstaltungen und weiteren Aktivitäten in **Rudolstadt**. Von Gerd Röseberg aus **Cottbus** erhielten wir Informa-

► Fortsetzung auf Seite 3

tionen über Gespräche mit den Bundestagskandidaten Wilfried Schreck, SPD, und Waldemar Kleinschmidt, CDU. Beide Kandidaten sagten Unterstützung für die Lösung unserer Probleme zu. Aus Greifswald berichtete Dr. Walter Schelske über eine gemeinsame Veranstaltung von ISOR und DBwV mit dem Landtagskandidaten der PDS, Dr. Bartels.

Allen Genannten und Ungenannten herzlichen Dank für ihr aktives Wirken und ihre Beiträge.

Die AG Recht informiert

Widerspruch auch gegen neue Entgeltbescheide

Das Bundesverwaltungsamt hat begonnen, neuartige Entgeltbescheide zu erteilen. Diese Bescheide erhalten vor allem die ehemaligen Angehörigen des MfS, die bisher noch keinen Entgeltbescheid haben.

Inhaltlich sind die neuen Entgeltbescheide entsprechend der Rechtsprechung des BSG abgefasst (vgl. ISOR aktuell 5/2002). In ihrer Anlage ist nur noch das tatsächlich erzielte Arbeitsentgelt ausgewiesen und nicht mehr das für die Rentenberechnung nach § 7 AAÜG maßgebliche.

Davon darf sich niemand täuschen lassen.

In den Bescheiden wird nämlich weiterhin für den Rentenversicherungsträger bindend verfügt, dass die tatsächlichen Voraussetzungen für die Anwendung von § 7 AAÜG gege-

ben sind. Danach bleibt es bei der Kürzung auf das Durchschnittsentgelt, d.h. auf 1,0 Entgeltpunkte. Deshalb ist es erforderlich, auch gegen die neuen Bescheide des Bundesverwaltungsamtes Widerspruch einzulegen. Weiterhin gilt die Widerspruchsfrist von einem Monat (Zugang des Widerspruchs beim Bundesverwaltungsamt). Wir empfehlen dazu folgenden Text:

Absender

Adresse des Bundesverwaltungsamtes

Aktenzeichen des Bundesverwaltungsamtes

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lege ich gegen den Bescheid vom Widerspruch ein.

Der Widerspruch wendet sich gegen die Feststellung, dass die tatsächlichen Voraussetzungen im Sinne von § 7 AAÜG in der Fassung des 2. AAÜG-ÄndG und nicht einer günstigeren Regelung vorliegen. Dadurch sehe ich mich in meinen Grundrechten gem. Art. 3 und 14 GG verletzt.

Es besteht Einverständnis damit, dass das Widerspruchsverfahren ruht, um die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Musterverfahren abzuwarten.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift

Das Bundesverwaltungsamt wird in absehbarer Zeit auf solche Widersprüche schnell einen Widerspruchsbescheid erteilen. Offensichtlich hat sich bei den vorgesetzten Beamten dieses Amtes im BMI Vernunft noch nicht eingestellt. Vernünftig wäre es, die Entscheidung in den Verfahren abzuwarten, die dem Bundesverfassungsgericht bereits vorliegen. Das würde die Gerichte entlasten und Steuern sparen, aus denen die Gerichte bezahlt werden. Stattdessen will man vermutlich den Widerstand gegen eine verfassungswidrige Gesetzgebung auf Kosten der Steuerzahler brechen. Das wird nicht gelingen.

Sobald ein Widerspruchsbescheid erteilt wurde, muss innerhalb der Monatsfrist Klage erhoben werden (Zugang der Klage beim Gericht). Weil die Führung solcher Verfahren sehr kompliziert ist, sollte dafür auch weiterhin die Hilfe der bewährten Anwälte in Anspruch genommen werden.

Empfehlenswert

MANFRED LIEBSCHER

„Im Paradies der Erinnerungen...“

NORA Verlagsgemeinschaft

ISBN 3-935445-78-4

Preis: 22,50 €

Gisela Karau schrieb in ihrem Vorwort zu diesem empfehlenswerten Buch u.a.:

„Eigentlich braucht dieses Buch kein Vorwort. Es erschließt sich dem Leser unkommentiert. Der Verfasser hat unterschiedliche Berufe

► Fortsetzung auf Seite 4

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 99. Geburtstag:

Helmut Wenzel, Bln.-Hohenschönhausen

zum 91. Geburtstag:

Elsa Kochsiek, Berlin-Treptow

zum 90. Geburtstag:

Walter Tanner, Großkugel

zum 89. Geburtstag:

Karl-Heinz Voffrei, Berlin-Friedrichsfelde

zum 88. Geburtstag:

Karl Ehmig, Berlin-Friedrichshain

Ida Wöhl, Berlin-Karlshorst

zum 86. Geburtstag:

Erich Dolze, Dresden

zum 85. Geburtstag:

Fritz Engel, Angermünde

Willi Lorenz, Plauen

zum 83. Geburtstag:

Hans Pietsch, Bischofswerda

zum 80. Geburtstag:

Resi Birkner, Dresden

Rudolf Birkner, Dresden

Ruth Buchowski, Bernau

Traugott Engel, Berlin-Friedrichsfelde

Erwin Klante, Berlin-Prenzlauer Berg

Gertrud Neupert, Chemnitz

Heinrich Nohr, Chemnitz

Arnold Papenfuß, Oschatz

Walter Schäfer, Potsdam-West

Anna Scharf, Berlin-Lichtenberg

Alfred Schumann, Berlin-Köpenick

Gisela Spangenberg, Magdeburg

Franz Stahl, Gardelegen

Adolf Voit, Waren/Röbel

Heinz Walter, Berlin-Lichtenberg

zum 75. Geburtstag:

Rolf Angermann, Leipzig

Herta Borgwedel, Neustrelitz

Erich Diering, Brandenburg

Heinz Eberlein, Halle

Ralf Gaudlitz, Stralsund

Günter Gottschling, Wismar

Gisela Graupmann, Neustrelitz

Konrad Heide, Bischofswerda

Walter Hennig, Leipzig

Fritz Herrmann, Dresden

Günter Hesse, Hildburghausen

Paul Holzmann, Bernburg

Günter Jacob, Gera

Gabriele Keilig, Berlin-Friedrichsfelde

Heinz Kindermann, Dresden

Helmut Kirchner, Strausberg

Gertraud Klein, Gera

Littorio Klubach, Berlin-Pankow

Horst König, Berlin-Treptow

Kurt Kunth, Großkugel

Rolf Leiding, Schönebeck

Waltraud Lenze, Niesky

Max Lewkowitz, Halberstadt

Helga Nawrocki, Berlin-Mitte

Gertrud Neumann, Potsdam-West

Karl-Heinz Panksch, Wildau

Elfriede Petermann, Chemnitz

Edgar Pickart, Eisenach

Harri Popp, Berlin-Treptow

Annelies Richter, Dresden

Horst Rusch, Gransee

Gerda Schiemenz, Cottbus

Karl Schneider, Berlin-Friedrichshain

Dr. Manfred Strutz, Berlin-Treptow

Irene Schwabe, Berlin-Mitte

Rudi Stübner, Stralsund

Ursula Syrbe, Finsterwalde

Karl Vogt, Berlin-Treptow

Walter Ullrich, Suhl

Hubert Urbanczyk, Weißwasser

Gerhard Utke, Dresden

Roland Wagner, Chemnitz

Bruno Weil, Berlin-Treptow

Rolf Werner, Berlin-Treptow

Jutta Wolf, Berlin-Prenzlauer Berg

ACHTUNG**Neue Sprechzeiten der AG Recht**

Ab 1. 1. 2003 verändern sich die Sprechzeiten der AG Recht beim ISOR-Vorstand wie folgt:

Dienstags von 9 bis 12 Uhr sowie jeden 1. und 3. Donnerstag des Monats von 15 bis 18 Uhr nach wie vor im Raum 317, Franz-Mehring-Platz 1, Berlin 10243

In der Zeit vom 24. 12. 2002 bis 31. 12. 2002 werden keine Sprechstunden durchgeführt. Wir bitten, auch die Sprechstunden der AG Recht in den TIG zu nutzen.

► Fortsetzung von Seite 3

ausgeübt, war Knecht beim Bauern, Bergarbeiter in der Wismut, lernte Sattler, wurde Volkspolizist und schließlich Offizier des Ministeriums für Staatssicherheit. Es war ihm nie in den Sinn gekommen, sich als Schriftsteller zu versuchen, obwohl er Talent dazu besitzt...

Jedes Leben ist ein Roman, wenn man im Stande ist, seine Dramatik so packend darzustellen, daß es andere aufhorchen lässt... Manfred Liebscher prüft den Wert seiner Erinnerungen, überzeugt, daß sein Dasein, sein Hiersein Spuren hinterläßt, »so wie die Papillarlinien der Finger«, sagt er als Kriminalist. Er besteht darauf, dass die Familiengeschichten der kleinen Leute nicht weniger spannend sind als die der Monarchen...

Sein Buch enthält neben dem Familiären Wissenswertes über die deutsche Geschichte, über Kriegsgründe und Kriegsverbrechen, mit denen er als Referatsleiter der MfS-Behörde in Berlin-Hohenschönhausen befasst war...

Sein Buch ist wohlthuend unaufgeregt, doch von einem stillen Schmerz durchzogen über den Untergang der Republik, der Heimat der kleinen Leute. Er hat es für seine Enkel gedacht. Auch andere werden es mit Gewinn lesen, meine ich."

Einladung

Am 26. 10. 2002 findet in der Aula der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft, Treskowallee 8, 10318 Berlin-Karlshorst ein weiteres Treffen ehemaliger Angehöriger der Grenztruppen der DDR statt.

Der Einlass ab um 8.30 Uhr. Beginn gegen 10.00 Uhr. Der Hauptbeitrag wird gehalten

durch Prof. Dr. Uwe-Jens Heuer.

Gegen 15.30 Uhr wird die Veranstaltung beendet.

AG ehem. Angehörige der GT der DDR

Der Vorstand teilt mit

Am 7. 9. 2002 fand in Berlin eine Beiratsitzung statt. Zu Beginn wurde den ausscheidenden Beiratsmitgliedern Karl Bachmann, Mecklenburg-Vorpommern, und Walter Hande, Thüringen, für ihr aktives Wirken gedankt. Anschließend wurden

Klaus Eichner, Brandenburg,
Dr. Dieter Lehmann, Thüringen und
Hans Schneider, Mecklenburg-Vorp.

als neue Beiratsmitglieder berufen.

Zum Stand der Umsetzung der politischen Konzeption der ISOR und damit im Zusammenhang zur Einschätzung der Reaktion auf unsere politischen Initiativen gegenüber Parteien und Landesregierungen sprach Prof. Dr. Horst Bischoff. Er hob die großen Aktivitäten der TIG zur Führung von Gesprächen mit Abgeordneten der verschiedenen Parteien hervor, in deren Ergebnis bis in die Reihen von CDU-Abgeordneten Anzeichen eines möglichen Umdenkens sowie Unbehagen hinsichtlich der derzeitigen Situation erkennbar waren.

Prof. Dr. Wolfgang Edelman begründete ausgehend von den erreichten Ergebnissen bei der Bekämpfung des Rentenstrafrechts Grundzüge des weiteren juristischen Vorgehens, wie sie in einem Brief an alle Mitglieder dargelegt wurden.

Abschließend informierte Horst Parton über den Stand bei der Organisation der solidarischen Hilfe gegenüber hochwasserschädigten ISOR-Mitgliedern.

Der Vorstand hat auf seiner Sitzung am 25. 9. 2002 beschlossen, die Sammlung von Geldspenden und die Erfassung von Sachschäden bei ISOR-Mitgliedern bis zum 31. 10. 2002 abzuschließen. Er bestätigte die unabhängige Kommission zur Verteilung von Spenden – Hochwasser – in folgender Zusammensetzung:

Dr. Peter Fricker, Vorsitzender;
Bernhard Elsner, stellv. Vorsitzender;
Klaus Gennermann, Horst Eismann und
Dieter Wittstock als Beisitzer.

Im Ergebnis des Spendenaufrufs vom 21. 8.

2002 sind bis zum 1. 10. 2002 auf das ISOR-Spendenkonto 46.734,50 Euro eingegangen. Darüber hinaus haben viele ISOR-Mitglieder ihre Solidarität und Hilfsbereitschaft durch weitere Geld- und Sachspenden bei anderen Hilfsorganisationen oder direkt gegenüber Betroffenen zum Ausdruck gebracht. Der Vorstand dankt allen Spendern. Er stellt aus dem Vereinsvermögen zusätzlich einen beträchtlichen Betrag für das Spendenkonto zur Verfügung.

Von Mitglied zu Mitglied

Ferienwohnung in Treuen/Vogtland, OT Schreiersgrün - Tel./Fax: 037468 67850
Handy: 0162 - 9266162

**Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder**

HORST ANDRUSCHOW, Potsdam-Hubertusdamm
GÜNTER BRESCH, Bergen
DIETER CLAUSERT, Wefensleben
HEINZ DARGEL, Oranienburg
HEINRICH EGGERT, Magdeburg
ROLF ETZOLD, Eilenburg
KARL GLOCKNER, Halle
SIGRID GRIESINGER, Schönwalde
TILO GÜNSCHMANN, Fambach
ROLF HUNGER, Leipzig
BERND JÄGER, Berlin-Marzahn
HEINZ KAMPOWSKI, Hohen Neuendorf
GÜNTHER KLOSKE, Belzig
KARL-HEINZ KÜHN, Berlin-Hohenschönh.
HEINZ KUPFER, Geithain
ERWIN LEUPOLD, Dresden
FRANK-MICHAEL MACHLITT, Halle
KLAUS MASER, Magdeburg
PETER MICHEL, Saßnitz
GÜNTER NIETERT, Berlin-Hellersdorf
GÜNTER NÖTZEL, Berlin-Hellersdorf
MANFRED RENNER, Dresden
JOACHIM REPPNER, Neubrandenburg
HERBERT STUPEL, Bernau
JOHANNA SZOTKIEWICZ, Bad Dürkheim
HEINZ SZUWALSKI, Berlin-Hohenschönh.
OTTO UHLMANN, Chemnitz
MARIANNE WENZEL, Halle
WILLY WERNER, Leipzig
MANFRED WÖTZEL, Schlema
KARL WÜNSCHE, Eisenach

Ehre ihrem Andenken.**Impressum**

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Friedrich Noll, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 1. 10. 2002

Einstellung in das Internet: 3 Tage nach Redaktionsschluss.

Satz: SATZ-Studio Kehrer, 12355 Berlin

Druck: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 16

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Dienstag 9 bis 13 Uhr

Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Weitergeben! ★ ★ ★ Mitglieder gewinnen! ★ ★ ★ Weitergeben!